

**Bericht der Bundesregierung zum G20-Gipfel in Seoul
vom 11.-12. November 2010**

*Im Mittelpunkt des fünften G20-Gipfels in Seoul vom 11.-12. November 2010, der von der koreanischen Präsidentschaft unter das Motto „**Shared Growth beyond Crisis**“ gestellt wurde, stand die Diskussion um die Sicherung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs, insbesondere um den Abbau der globalen Ungleichgewichte. Die Staats- und Regierungschefs der G20 einigten sich auf den weiteren gemeinsamen Weg zu einem **starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum** sowie auf die nächsten Schritte zur Verbesserung der **Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte**. Damit ist die Bundesregierung dem Ziel, dass alle Finanzmärkte, Finanzmarktakteure und Finanzinstrumente einer angemessenen Aufsicht und Regulierung unterworfen werden, ein entscheidendes Stück näher gekommen. Gleichzeitig besteht Einigkeit darüber, dass das Momentum der Reform nach 2010 nicht nachlassen darf und weitere Maßnahmen nötig sind, um die Stabilität der Finanzmärkte weiter zu verbessern.*

Die G20 hat sich sowohl auf die Umsetzung neuer Eigenkapitalanforderungen für Banken verständigt, die der Baseler Ausschuss im September vorgeschlagen hat [Basel III], als auch auf ein Maßnahmenpaket für die Regulierung systemrelevanter Finanzinstitute. Zudem wurden die Reformen des IWF und der entwicklungspolitische Aktionsplan begrüßt. Zur Belebung des Welthandels vereinbarte die G20 engagierte Verhandlungen, um einen Abschluss der Doha-Runde noch im Jahr 2011 zu ermöglichen.

Weltwirtschaft

In Seoul diskutierten die G20-Staats- und Regierungschefs über Wege und Maßnahmen, um gemeinsam ein **starkes, nachhaltiges und ausgewogenes weltwirtschaftliches Wachstum** zu erreichen. Bereits beim Gipfeltreffen in Toronto im Juni 2010 hatte sich die G20 darauf verständigt, sich hierfür gemeinsam einzusetzen („Framework for strong, sustainable and balanced Growth“). Nach der Analyse des IWF könnte die G20 durch ein abgestimmtes wirtschaftspolitisches Vor-

gehen ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum erreichen als ohne Koordinierung. Die Staats- und Regierungschefs betonten in Seoul, dass sich die Weltwirtschaft von der Krise – auch dank der ergriffenen Maßnahmen – bereits deutlich erholt habe, diese Erholung gleichwohl noch fragil sei und auch ungleichmäßig verlaufe. Eine **enge Kooperation in der G20 bleibe deshalb wichtig**.

Vor diesem Hintergrund haben sich die G20-Staats- und Regierungschefs auf den „**Seoul Action Plan**“ verständigt, der umfassende, sowohl gemeinsame als auch länderspezifische Maßnahmen auf dem Weg zu einem besseren Wachstum benennt. Dazu zählt die bereits in Toronto vereinbarte **Haushaltskonsolidierung** (Verpflichtung der Industrieländer zur Haushaltskonsolidierung, d.h. mindestens Halbierung der Defizite bis 2013 und mindestens Stabilisierung der staatlichen Verschuldung im Verhältnis zum BIP bis 2016 als Beitrag zum Wachstumsprozess) und eine Erhöhung der Wechselkursflexibilität, damit **Wechselkurse** stärker als bisher die **ökonomischen Fundamentaldaten widerspiegeln**. Die G20 verständigte sich zudem darauf, **übermäßige globale Ungleichgewichte abzubauen**. Zur Bewertung der Art und der möglichen Ursachen von globalen Ungleichgewichten soll eine **Reihe von Indikatoren** entwickelt werden, deren genaue Ausarbeitung (mit Hilfe des IWF und anderer internationaler Organisationen) im Jahr 2011 unter französischer G20-Präsidentschaft erfolgen soll. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Notwendigkeit zum Abbau der globalen Ungleichgewichte nicht anhand *einer* quantitativen Zielgröße für Leistungsbilanzsalden – wie sie zwischenzeitlich diskutiert wurde – festgestellt werden kann. Die **Bundesregierung** hatte sich bereits im Vorfeld des Gipfeltreffens **für einen umfassenderen Ansatz** eingesetzt. Eine Diskussion dieser neu zu entwickelnden Indikatoren soll zunächst bei einer Sitzung der Finanzminister und Zentralbankgouverneure in der ersten Jahreshälfte 2011 stattfinden. Deren Empfehlungen werden dann beim kommenden G20-Gipfel in Cannes im November 2011 auf Ebene der Staats- und Regierungschefs beraten.

Neben den genannten Maßnahmen in Bereich der Geld- und Währungspolitik und der Fiskalpolitik bekräftigte die G20 die wichtige Rolle eines **freien Welthandels** sowie des Verzichts auf protektionistische Maßnahmen für die Erholung der Weltwirtschaft. Auch die weitere **Umsetzung der Finanzmarktreformen** sowie der in Toronto benannten **Strukturreformen** bleiben wichtig, um die globale Nachfrage zu stärken, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, zu einem ausgegli-

chenen weltweitem Wachstum beizutragen und das Wachstumspotenzial zu erhöhen.

Reform der internationalen Finanzinstitutionen

Die internationalen Finanzinstitutionen haben bei der Krisenbekämpfung eine entscheidende Rolle gespielt. Daher hat sich die G20 bereits auf früheren Gipfeln darauf verständigt, ihre Fähigkeit zur **Sicherung der Finanzstabilität**, zur **Förderung von Wachstum** und zur Unterstützung von Entwicklungsländern zu stärken. Nachdem die Beschlüsse zur Kapitalerhöhung bei der Weltbank und den anderen multilateralen Entwicklungsbanken bereits vorliegen und die G20 die Stimmrechtsreform der Weltbank bereits auf ihrem Gipfel in Toronto begrüßt hatten, stand **in Seoul die Modernisierung des Internationalen Währungsfonds (IWF)** im Mittelpunkt:

Die Staats- und Regierungschefs erörterten die Ergebnisse der Einigung, die kurz zuvor beim **Treffen der G-20 Finanzminister** und Notenbankgouverneure in Gyeongju erzielt und vom IWF bestätigt worden sind. Sie sieht im Wesentlichen folgende Punkte vor:

- **Verdopplung der IWF-Quoten** (reguläre Hauptfinanzquelle des IWF) und entsprechende Rückführung der bilateral vereinbarten außerplanmäßigen neuen Kreditvereinbarungen;
- **Stärkung des Einflusses von Schwellen- und Entwicklungsländern** durch Umverteilung von Quotenanteilen zugunsten dynamischer Schwellen- und Entwicklungsländer sowie unterrepräsentierter Staaten in Höhe von mehr als 6% (in Pittsburgh waren mind. 5% vereinbart worden) und Aufgabe von zwei Sitzen von europäischen Industrieländern im Exekutivdirektorium zugunsten dieser Länder;
- Künftig **Wahl aller Exekutivdirektoren** und Beibehaltung der Regelung, dass das IWF-Exekutivdirektorium **24 Sitze** hat.

Mit diesen Beschlüssen spiegelt der IWF die **veränderten weltwirtschaftlichen Gewichte** der Mitgliedsstaaten wider, und seine **Legitimität und Effektivität** wird gestärkt. Die Diskussion in Seoul hat dennoch gezeigt, dass damit die Reform des IWF nicht abgeschlossen ist: So stehen insbesondere noch Arbeiten zur Stärkung des Lenkungsausschusses des IWF (IMFC) und eine weitergehende Diskussion

zum Auswahlverfahren der Leitungspositionen in den Finanzinstitutionen nach fachlicher Kompetenz und unabhängig von der Nationalität an. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure wurden in Seoul beauftragt, ihre Arbeiten an noch ausstehenden Reformschritten bei Weltbank und IWF fortzusetzen.

Globale Finanzsicherheitsnetze

Während der Finanzkrise haben **plötzliche Devisenabflüsse** insbesondere Schwellenländer vor immense Schwierigkeiten gestellt. Korea hat daher eine **Stärkung der globalen Finanzsicherheitsnetze** prominent auf die Agenda des Gipfels gesetzt. In Seoul haben die G20-Staats- und Regierungschefs die von ihnen initiierten Arbeiten der Finanzminister diskutiert und insbesondere **folgende Beschlüsse** hervorgehoben:

- Der **IWF** hat sein **Instrumentarium verbessert**: Der Anwendungsbereich der bestehenden Flexible Credit Line (FCL) wurde erweitert, seine Wirksamkeit damit erhöht. FCLs sollen synchron an mehrere Länder gleichzeitig vergeben werden können. Außerdem wurde mit der Precautionary Credit Line (PCL) ein neues Instrument geschaffen.
- Die Einrichtung eines Dialogs zur **Zusammenarbeit zwischen regionalen, finanziellen Unterstützungsvereinbarungen und dem IWF**.

Die G20-Staats- und Regierungschefs sehen aber **weiteren Handlungsbedarf** für die französische G20-Präsidentschaft, um ein stabileres internationales Währungssystem insbesondere mit Blick auf die Volatilität von Kapitalströmen zu gewährleisten.

Finanzmarktreform

Die Einigung auf eine **Stärkung der Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen** für Banken und ihre Umsetzung gehören zu den Kernelementen einer neuen globalen und stabilen Finanzmarktarchitektur. Hierfür hat sich die Bundesregierung seit dem ersten G20-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs 2008 in Washington mit Nachdruck eingesetzt. Nach den neuen ab 2013 schrittweise einzuführenden Standards werden die Mindestkapitalanforderungen für Banken mehr als verdoppelt. Darüber hinaus werden Banken verpflichtet, eine zusätzliche Kapi-

talreserve vorzuhalten, die in Stressphasen abgebaut werden kann. Bei übermäßig hohem Kreditwachstum sind Banken außerdem gehalten, ein weiteres Kapitalpolster zur Eindämmung prozyklischer Effekte anzulegen. Ergänzt werden die neuen Kapitalanforderungen durch eine risikounabhängige Höchstverschuldungsquote und eine Mindestliquiditätsquote.

Mit dieser grundlegenden Stärkung der Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen wird ein entscheidender Schritt getan, um die **Risikotragfähigkeit der einzelnen Banken zu erhöhen** und das Finanzsystem als Ganzes widerstandsfähiger zu machen. Die Banken haben bis 2019 Zeit, ihr Eigenkapital den neuen Anforderungen anzupassen. Die mehrjährige Umsetzungsfrist ermöglicht gleichzeitig, die notwendige Kreditversorgung der Realwirtschaft sicherzustellen und die wirtschaftliche Erholung nicht zu gefährden.

Zu den zentralen Anliegen, für die sich die Bundesregierung in Seoul eingesetzt hat, gehört eine G20-weite Verständigung auf die **Regulierung und Beaufsichtigung systemrelevanter Finanzinstitute**. Die G20-Staats- und Regierungschefs haben folgendes Maßnahmenpaket vereinbart, mit dessen konkreter Ausgestaltung der Finanzstabilitätsrat bis Ende 2011 beauftragt wurde:

- Schaffung der **rechtlichen Grundlagen für die finanzstabilitäts- und steuermittelneutrale Abwicklung und Restrukturierung** systemrelevanter Finanzinstitute in Krisenfällen;
- **Erhöhung der Verlustabsorptionsfähigkeit**; hierzu wird u.a. die Einführung zusätzlicher Eigenkapitalkomponenten, z.B. Pflichtwandelanleihen, geprüft;
- Einführung **firmenspezifischer Pläne für die grenzüberschreitende Restrukturierung und Abwicklung** sowie die Abstimmung **firmenspezifischer Abkommen für die grenzüberschreitende Krisenkooperation zwischen den Aufsichtsbehörden** für Finanzinstitute mit globaler Systemrelevanz; die Risikobewertung dieser Institute soll von internationalen Aufsichtskollegien vorgenommen werden;
- **Einführung ergänzender Aufsichtsmaßnahmen** gemäß der länderspezifischen Situation, z.B. die Möglichkeit zur Erhöhung der Liquiditätsanforderungen, zur Begrenzung von Geschäftsfeldern, zur Erhebung von Bankenabgaben und zur Anordnung von Restrukturierungsmaßnahmen.

In den übrigen Bereichen der Finanzmarktreform haben die Staats- und Regierungschefs bekräftigt, die früheren G20-Beschlüsse zur **Stärkung der regulatorischen Anforderungen für Hedgefonds und für Ratingagenturen** sowie die Empfehlungen des Finanzstabilitätsrates zur Regulierung der **außerbörslichen Derivatemärkte**, zur **Vergütung** und zur Verwendung **externer Ratings** umzusetzen.

Die Bundesregierung hat sich in Seoul nachdrücklich dafür eingesetzt, dass die G20 die **vollständige und international konsistente Umsetzung** ihrer Beschlüsse bekräftigt, um vergleichbare Wettbewerbsbedingungen innerhalb der G20 sicherzustellen. Gleichzeitig hat die G20 den Finanzstabilitätsrat aufgefordert, die Umsetzung konsequent zu überprüfen und die Bereiche zu identifizieren, in denen die regulatorischen Anforderungen weiter verbessert werden müssen. Die internationalen Standardsetzer wurden außerdem aufgefordert, ihre Arbeiten zum Umgang mit **nicht-kooperativen Jurisdiktionen** fortzusetzen.

Als **Schwerpunkte zukünftiger Finanzmarktreformen** hat die G20 folgende Bereiche identifiziert: Die Stärkung der regulatorischen Anforderungen im Hinblick auf das Schattenbankwesen, die Schaffung eines makroprudentiellen Ordnungsrahmens zur Behandlung systemischer Risiken, die Regulierung der Rohstoffderivatemärkte, den Umgang mit Finanzmarktrisiken, die stärkere Berücksichtigung von Aspekten der Finanzmarktregulierung, die spezifisch für Schwellen- und Entwicklungsländer bedeutsam sind, sowie die Stärkung des Verbraucherschutzes.

Handelspolitik

Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben in Seoul ihren Willen zu einem **ehrgeizigen und ausgewogenen Abschluss der Doha-Runde** der Welthandelsorganisation (WTO) bekräftigt. Dabei haben sie das Jahr 2011 als entscheidendes Zeitfenster für die Schlussphase der Verhandlungen identifiziert und ihre Verhandlungsführer angewiesen, ihre Anstrengungen für einen Abschluss im Jahr 2011 weiter zu intensivieren.

Die G20 bekräftigten zudem die beim Gipfel in Toronto beschlossene **Verlängerung ihrer Selbstverpflichtung, bis Ende 2013 keine neuen Handels- und Investitionshemmnisse aufzubauen**. Gleichzeitig verpflichteten sich die G20-Mitgliedstaaten, bereits ergriffene protektionistische Maßnahmen wieder zurück-

zunehmen. Diese Verpflichtung erstreckt sich ausdrücklich auch auf Exportbeschränkungen und nicht WTO-konforme Maßnahmen zur Exportförderung.

Die Staats- und Regierungschefs haben darüber hinaus die **Bedeutung des Handels für Wachstum und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern** hervorgehoben. Um diese wichtige Rolle des Handels zu unterstützen, haben sie zugesagt, ihre handelsbezogene Entwicklungshilfe auch nach 2011 mindestens auf dem Niveau des Durchschnitts der Jahre 2006-2008 zu halten, sowie Fortschritte mit Blick auf einen zoll- und quotenfreien Marktzugang für die Exporte der am wenigsten entwickelten Staaten zu erzielen.

Entwicklung

Die G20 hatte beim Gipfel in Toronto beschlossen, eine auf die Förderung des Wirtschaftswachstums und des Privatsektors in den Entwicklungsländern ausgerichtete entwicklungspolitische Agenda zu verfolgen und hierzu eine Arbeitsgruppe einzurichten. Auf Grundlage der Vorschläge dieser Arbeitsgruppe wurden beim Gipfel in **Seoul Beschlüsse zur Ausrichtung der entwicklungspolitischen Aktivitäten der G20** gefasst.

Mit Verabschiedung des **“Seoul Development Consensus for Shared Growth”** und dem dazu gehörigen **“Multi-Year Action Plan on Development”** haben sich die G20-Staats- und Regierungschefs auf einen Ansatz verständigt, der bestehende Prozesse nicht dupliziert und über die klassische Entwicklungszusammenarbeit hinausgeht. Sie haben entwicklungspolitische Prinzipien für die Auswahl konkreter Maßnahmen zur Überwindung der größten Hindernisse für das Wachstum in Entwicklungsländern festgelegt (u.a. Ergebnisorientierung und Einbeziehung des Privatsektors). Auf dieser Grundlage hat die G20 einen auf mehrere Jahre angelegten Aktionsplan mit folgenden Schwerpunkten angenommen:

- Ausbau der Infrastruktur in Entwicklungsländern,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Handel mit Entwicklungsländern,
- Private Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- Bildung,
- Förderung von Finanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen (finanzielle Inklusion).

Im Bereich der **finanziellen Inklusion** wurde in Seoul u.a. die „Global Partnership for Financial Inclusion“ ins Leben gerufen. Damit will die G20 eine breite Allianz aus G20- und anderen Staaten sowie weiteren wichtigen Partnern wie internationalen Organisationen, dem Privatsektor und Finanzaufsichtsbehörden schaffen, um in den kommenden Jahren den Zugang zur Finanzierung (wie etwa zu Mikrokrediten und Mikroversicherungen für kleine und mittlere Unternehmen) zu verbessern.

In Seoul wurden zudem die Ergebnisse und Gewinner eines von der G20 initiierten **Ideenwettbewerbs** zur Mobilisierung privater KMU-Finanzierung („SME Finance Challenge“) präsentiert. Die G20 hatte den Ideenwettbewerb beim Gipfel in Pittsburgh vorgestellt, beim Gipfel in Toronto offiziell lanciert und in Seoul nunmehr 14 Gewinner aus über 350 eingereichten Vorschlägen prämiert. Die G20 hat sich verpflichtet, für die Umsetzung der Gewinnervorschläge ausreichend Finanzmittel zu mobilisieren. Deutschland hat die Gewinner des Wettbewerbs unmittelbar nach dem Gipfel zu einer KMU-Konferenz der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH am 15. und 16. November nach Köln eingeladen.

Energiepolitik

Beim G20-Gipfel im September 2009 in Pittsburgh kamen die Staats- und Regierungschefs überein, ineffiziente **Subventionen für fossile Energien**, die einen übermäßigen Verbrauch fördern, **abzubauen**. Diese Verpflichtung wurde in Seoul nochmals bekräftigt, verbunden mit der Aufforderung an die zuständigen Minister, die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen voranzutreiben. Die internationalen Organisationen wurden gebeten, den Fortgang der Arbeiten zum Abbau der Subventionen zu überprüfen und beim kommenden Gipfel in Frankreich über die Fortschritte zu berichten.

Die Staats- und Regierungschefs hoben erneut die wichtige **Bedeutung von transparenten Ölmärkten** für die Weltwirtschaft hervor und baten die internationalen Organisationen, Vorschläge zum Ausbau der Datenbank **JODI** (Joint Oil Data Initiative) zu unterbreiten, wobei insbesondere ein zeitlicher Rahmen und mögliche Umsetzungsstrategien zur Verbesserung der Datenbasis vorgeschlagen werden sollen. Der Dialog zwischen Produzenten und Konsumenten soll weiter ausgebaut und die Arbeiten zu den Schnittstellen zwischen physischen Ölmärkten und Finanzmärkten weiter vorangetrieben werden. In einem nächsten Schritt soll

die Beobachtung der Preisvolatilität auch auf andere fossile Energieträger ausgeweitet werden.

Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Vorschläge, die die in Toronto neu eingesetzte Expertengruppe zum **Schutz der maritimen Umwelt** (GMEP – Global Marine Environment Protection) gemacht hat, und beschlossen, den Austausch über „best practices“ fortzuführen.

Klimapolitik

Die globale Herausforderung der Klimapolitik wurde beim G20-Gipfel in Seoul intensiv diskutiert. Der mexikanische Präsident Calderón berichtete über den **Stand der Vorbereitungen der VN-Klimakonferenz**, die Anfang Dezember in Cancún stattfindet. Die G20 hat ihre Unterstützung für die Klimaverhandlungen und eine erfolgreiche Vertragstaatenkonferenz in Cancún ausgedrückt und sich abermals zum Übereinkommen von Kopenhagen (Copenhagen Accord) bekannt. Zudem wurde der Bericht der vom VN-Generalsekretär eingesetzten **Arbeitsgruppe zur Klimafinanzierung** (High-Level Advisory Group on Climate Change Financing) begrüßt und die **Finanzminister** damit **beauftragt**, sich mit diesem Bericht ausführlich auseinanderzusetzen.

Gemeinsam mit einigen Partnern hat sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, dass zudem ein Verweis auf die erfolgreiche VN-Konferenz zur **Biodiversität** in die Erklärung aufgenommen wurde.

Die G20 bekräftigt zudem ihr Ziel, Maßnahmen zu unterstützen, die zu „**grünem Wachstum**“ beitragen und damit zu mehr Beschäftigung und einem verbesserten Energiezugang insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder. Die Energieexperten werden gebeten, die Fortschritte im Bereich Energieeffizienz und saubere Technologien zu analysieren und die Staats- und Regierungschefs entsprechend zu unterrichten.

Antikorruption

Die G20-Staats- und Regierungschefs haben in Seoul den G20 **Antikorruptions-Aktionsplan** verabschiedet. Der Aktionsplan enthält u. a. folgende Punkte:

- Ratifizierung von UNCAC durch alle G20-Staaten so schnell wie möglich;

- Unterstrafestellung der Bestechung von ausländischen Amtsträgern;
- Verhinderung des Zugangs von "korrupten Amtsträgern" zum weltweiten Finanzsystem;
- Verweigerung der Einreise sowie der Ablehnung von Visa für korrupte Amtsträger;
- Auslieferung und Rückführung von Vermögenswerten;
- Schutz von Hinweisgebern (whistleblower);
- Zusammenarbeit und gemeinsames Auftreten der G20 in allen internationalen Organisationen.

Über die Implementierung des Aktionsplans soll jährlich bei den Gipfeltreffen berichtet werden.

G20 Business Summit

Breite Beachtung fand der von der koreanischen Präsidentschaft organisierte „Business Summit“, bei dem über 100 Top-Manager und Vertreter von Spitzenverbänden zentrale Themen der Gipfelagenda diskutieren. Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen die wichtige Rolle des Privatsektors bei der Bewältigung globaler Herausforderungen durch ihren Beschluss, einen G20 Business Summit künftig regelmäßig im Kontext der Gipfeltreffen zu veranstalten.